

EINGEREICHTE SCHWERPUNKTTHEMENANTRÄGE – MV 2026

Nr.	Eingereicht von	Schwerpunktthema	FA	Laufzeit	Empfehlung VS
1	Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)	Gleichstellung stärken – Ländliche Räume zukunftsfest, demokratisch und gerecht gestalten	+	6/2026 bis 6/2028	Annahme
2	Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen (AG Kath), Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. (BPW Germany), LesbenRing e.V., Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)	Sicherheitspolitik gleichstellungspolitisch verstehen und voranbringen	+	6/2026 bis 6/2028	Annahme (Mit Empfehlung der Verbindung mit dem SPT Nr. 4)
3	Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)	Prostitution und Sexkauf: Intersektionale und feministische Perspektiven für die Weiterentwicklung unserer gleichstellungspolitischen Positionierung	+	6/2026 bis 6/2027	Ablehnung (Mit dem Evaluations- bericht zum Prostituierten- schutzgesetz liegen umfang- reiche Erkennt- nisse vor. DF- Vorstand wird zur MV 2026 einen Sachantrag zur Aktualisierung der DF- Beschlusslage einreichen; vgl. Beschluss 2025)
4	Frauen Union der CDU Deutschlands (FU)	Gesellschaftsjahr und neue Dienstmodelle geschlechtergerecht gestalten – Sicherheit stärken, Gleichstellung sichern	+	6/2026 bis 6/2027	Annahme (Mit Empfehlung der Verbindung mit dem SPT Nr. 2)

SPT 1: GLEICHSTELLUNG STÄRKEN – LÄNDLICHE RÄUME ZUKUNFTSFEST, DEMOKRATISCH UND GERECHT GESTALTEN

Antragsteller*in: Deutscher LandFrauenverband e.V. (dlv)

Ansprechpartner*in: Name: Daniela Ruhe
E-Mail: ruhe@landfrauen.info
Telefon: 030 284492911

Änderungsanträge

Ä1: Weibernetz e.V. Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit Beeinträchtigung (Weibernetz)

Ä2: Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (DOSB)

Antragstext

Begründung

Ländliche Räume sind lebenswerte Räume und Heimat für zahlreiche Menschen: Über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt in ländlichen Regionen (57 Prozent). 91 Prozent der Fläche Deutschlands ist ländlich geprägt. Viele Regionen sind gekennzeichnet von wirtschaftlicher Stärke, andere stehen vor tiefgreifenden Herausforderungen: demografischer Wandel, Abwanderung junger Menschen, vor allem junger Frauen in urbane Räume, unzureichende Infrastruktur, strukturelle Benachteiligung von Frauen und queeren Menschen mit unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen (Sexismus, Rassismus, Ableismus, Klassismus, Antisemitismus, Antiziganismus etc.) ^[Ä1] sowie tiefgreifende Transformationsprozesse. Gleichzeitig gewinnen antidemokratische und antifeministische Einstellungen überall an Einfluss – auch in ländlichen Räumen.

Gleichstellungspolitik ist kein Nebenaspekt der politischen Antworten auf diese Herausforderungen, sondern der zentrale Hebel für soziale Gerechtigkeit, demokratische Stabilität und nachhaltige Entwicklung in den ländlichen Räumen. Ziel muss sein, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, demokratische Strukturen zu stärken und die ländlichen Räume sozial und wirtschaftlich resilient zu machen. Dies kann nur gelingen, wenn das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse für die ländlichen Räume geschlechtergerecht gedacht wird.

Ziele und Ergebnisse

Mit der Bearbeitung des Schwerpunktthemas soll Gleichstellung als Querschnittsaufgabe für die Entwicklung ländlicher Räume behandelt werden. Zentrale Inhalte sind u.a.:

- die Berücksichtigung von unterschiedlichen, regionalen, historischen und sozioökonomischen Ausgangslagen
- Chancen und Herausforderungen von ländlichen Regionen als Lebens- und Arbeitsorte für Frauen und ihre Familien
- Analyse zu Status Quo öffentlicher Vergaben und Fördermittel im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit im ländlichen Raum
- der Umgang mit dem gesellschaftlichen Rechtsruck; besonders mit Blick auf die Landtagswahlen 2026 (ff.)
- Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements von Frauen in ländlichen Regionen
- Bedeutung der politischen Beteiligung von Frauen in den kommunalen Parlamenten
- Zugang zu Beratungs-, Hilfe- und Unterstützungssystemen in ländlichen Räumen einschließlich einer gesicherten Finanzierung der Gleichstellungsbeauftragten
- Zugang und Sicherstellung einer geschlechtergerechten wohnortnahen und barrierefreien ^[Ä1] Infrastruktur (Kinderbetreuung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Gewaltschutzeinrichtungen, Bildungs- Sport ^[Ä2] und Kultureinrichtungen)
- die Herausforderungen und Chancen einer sozial- und geschlechtergerechten Transformationspolitik

Dabei sollen strukturelle Benachteiligungen unter Berücksichtigung intersektionaler Aspekte ^[Ä1] sichtbar gemacht und politische Handlungsfelder und Empfehlungen benannt werden, in denen Gleichstellung zur Stärkung von Demokratie, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Wohlstand und regionaler Resilienz beiträgt.

Ziel soll sein, gleichwertige Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen zu fördern und Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung zu verankern. Hierbei sollen u.a. Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe aller Geschlechter an politischem, wirtschaftlichem und sozialem Leben, die Förderung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die sozial gerechte Gestaltung von Transformationsprozessen berücksichtigt werden. Es soll sichtbar gemacht werden, wie

strukturelle **Benachteiligungen**_[Ä1] (Mehrfach-)Diskriminierungen_[Ä1] abgebaut werden können. Dabei sollen ländliche Regionen differenziert betrachtet werden. Der Fokus liegt auf umsetzbaren Maßnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie auf der Stärkung von Akteur*innen vor Ort.

Bearbeitungsweise

☒ Strategie für Lobbyarbeit

☒ Öffentliche Veranstaltung

☒ Fachausschuss

Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten

keine

Zeitraum

6/2026 – 6/2028

SPT 1: GLEICHSTELLUNG STÄRKEN – LÄNDLICHE RÄUME ZUKUNFTSFEST, DEMOKRATISCH UND GERECHT GESTALTEN

Änderungsantrag Ä1

Antragsteller*in: Weibernetz e.V. Bundesnetzwerk von FrauenLesben und Mädchen mit
Beeinträchtigung (Weibernetz)

Ansprechpartner*in: Name: Martina Puschke
E-Mail: martina.puschke@weibernetz.de
Telefon: 0561-72885313

Antragstext

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Menschen, vor allem junger Frauen in urbane Räume, unzureichende Infrastruktur, strukturelle Benachteiligung von Frauen und queeren Menschen mit unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen (Sexismus, Rassismus, Ableismus, Klassismus, Antisemitismus, Antiziganismus etc.) sowie tiefgreifende Transformationsprozesse. Gleichzeitig gewinnen antidemokratische und

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

- Zugang und Sicherstellung einer geschlechtergerechten wohnortnahen und barrierefreien Infrastruktur (Kinderbetreuung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung,

Von Zeile 43 bis 44 einfügen:

Dabei sollen strukturelle Benachteiligungen unter Berücksichtigung intersektionaler Aspekte sichtbar gemacht und politische Handlungsfelder und Empfehlungen benannt werden, in denen Gleichstellung zur

Von Zeile 52 bis 54:

sowie die sozial gerechte Gestaltung von Transformationsprozessen berücksichtigt werden. Es soll sichtbar gemacht werden, wie strukturelle ~~Benachteiligungen~~ (Mehrfach-)Diskriminierungen abgebaut werden können. Dabei sollen ländliche Regionen differenziert betrachtet

Begründung

Gerade in ländlichen Bereichen, in denen sich identitäre, rechtspopulistische und -nationalistische Strukturen ansiedeln, ist eine intersektionale Verknüpfung von Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts und weiterer Merkmale deutlich. Diese Überschneidungen müssen bei der Arbeit für einen zukunftsfesten und demokratisch gestalteten ländlichen Raum mit in den Blick genommen werden.

SPT 1: GLEICHSTELLUNG STÄRKEN – LÄNDLICHE RÄUME ZUKUNFTSFEST, DEMOKRATISCH UND GERECHT GESTALTEN

Änderungsantrag Ä2

Antragsteller*in: Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (DOSB)

Ansprechpartner*in: Name: Leonie Tabar
E-Mail: tabar@dosb.de

Antragstext

Von Zeile 38 bis 40 einfügen:

- Infrastruktur (Kinderbetreuung, Daseinsvorsorge, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Gewaltschutzeinrichtungen, Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen)

SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK

GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Antragsteller*innen: Arbeitsgemeinschaft katholische Frauenverbände und -gruppierungen (AG Kath.), Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. (BPW Germany), LesbenRing e.V., Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. (VAMV)

Ansprechpartner*in: Name: Dr. Monika Arzberger
E-Mail: monika.arzberger@frauenbund.de
Telefon: 0221 – 860 92 30

Änderungsanträge

- Ä1:** Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä2:** Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä3:** Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä4:** Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä5:** Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)

Antragstext

Begründung

Nach einer langen Periode des Friedens, der Stabilität, und der verlässlichen multilateralen Zusammenarbeit in weiten Teilen Europas ist Sicherheit für die Mehrheit der Gesellschaft in Deutschland heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Geschlechter-verhältnisse und droht einen patriarchalen Backlash zu fördern.

Für Frauen in all ihrer Vielfalt erwächst die neue internationale Bedrohungslage aus:

- dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den hybriden Attacken auf Europa und Deutschland;
- der zunehmenden Infragestellung des Völkerrechts;
- einer globalen Aufrüstungsspirale;

- einem autoritären bis faschistischen Abdriften vormals enger Sicherheitspartner;
- dem globalen Erstarken autoritärer und antifeministischer Bewegungen;
- den Angriffen auf kritische Infrastruktur sowie
- dem drohenden Rückbau der sozialen Daseinsvorsorge in Deutschland.

Das (außen)politische Agieren der Bundesregierung, die fortschreitende Militarisierung, das Einstellen ernsthafter diplomatischer Bemühungen und ihr zunehmend nationalistische Kurs, befördern und verursachen eine steigende Bedrohungslage.^[Ä1]

Politische Antworten auf die se^[Ä1] veränderte Bedrohungslage fokussieren sich bislang auf militärische Sicherheit im traditionellen Sinn und hohe Investitionen in diesen Bereich, ~~die häufig männlich geprägt sind~~^[Ä1]. Sie präsentieren althergebrachte Konfliktklärungsmechanismen als alleinige Lösungswege und weder^[Ä2] haben die Bedürfnisse von Frauen und Kindern^[Ä2] in all ihrer Vielfalt ~~sowie Kindern nicht~~^[Ä2] im Blick^[Ä2] ~~4~~^[Ä2]. noch ziehen sie ernsthafte deeskalative, diplomatische Wege in betracht.^[Ä2]

Wenn hohe militärische Ausgaben Einsparungen im sozialen Bereich verursachen, verstärkt das zudem soziale Unsicherheit und Verunsicherung. Praktisch bedeuten diese Einsparungen: Überstunden im Krankenhaus, in der KiTa, in der Schule. Es heißt, die Versorgung der eigenen Familie bei stetig sinkendem Reallohn zu organisieren. Diese Pflicht trifft mehrheitlich Frauen in unserer Gesellschaft.^[Ä3]

~~Wenn hohe militärische Ausgaben Einsparungen im sozialen Bereich verursachen, verstärkt das zudem soziale Unsicherheit und Verunsicherung.~~^[Ä3] Zugleich mangelt es der traditionellen Sicherheitspolitik an Gleichstellungsperspektive. Das verengt den sicherheitspolitischen Diskurs, der u.a. Fragen der Migrations- und Klimapolitik beinhalten müsste.

Frauen in all ihrer Vielfalt sind von diesen Entwicklungen massiv betroffen: von ihrem Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, über die Geschlechterverhältnisse im Privaten und in der Arbeitswelt, bis zur Diffamierung durch antifeministische Akteur*innen und der politischen Teilhabe.^[Ä4]

Ein Blick auf die Ukraine zeigt, welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen ein tatsächlicher Kriegsfall mit sich bringt: Während ukrainische Männer zum Dienst an der Front verpflichtet werden, tragen Frauen einen Großteil der zivilen Versorgung. Sie halten die Arbeitswelt und die Grundversorgung aufrecht, übernehmen Sorgearbeit und kümmern sich

um Kinder, ältere Menschen und Verletzte. Zugleich steigen die psychischen Belastungen erheblich.^[Ä4]

Hinzu kommt eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt. Bereits in Phasen der Militarisierung sind Frauen verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen; im Krieg verschärft sich diese Situation zusätzlich. Zudem bleibt sexualisierte Gewalt weiterhin eine gezielt eingesetzte Kriegswaffe. Die Zahl der gemeldeten Vergewaltigungen in bewaffneten Konflikten ist allein in den vergangenen zwei Jahren um rund 87 Prozent gestiegen.^[Ä4]

~~Frauen in all ihrer Vielfalt sind von diesen Entwicklungen massiv betroffen: von ihrem Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, über die Geschlechterverhältnisse im Privaten und in der Arbeitswelt, bis zur Diffamierung durch antifeministische Akteur*innen und der politischen Teilhabe.~~^[Ä4]

Sowohl im Militär als auch in den Entscheidungsgremien des Zivil- und Bevölkerungsschutzes, die an Bedeutung gewinnen, sind Frauen und queere Personen unterrepräsentiert. Auf feministische und gleichstellungspolitische Expertise oder das Konzept der menschlichen Sicherheit wird immer seltener zurückgegriffen, obwohl diese zentral sind, um innere und äußere Sicherheit vernetzt zu denken.

Ziele und Ergebnisse

Die Beschlusslage des Deutschen Frauenrats zu Fragen von Krieg, Frieden und Sicherheit beruht weitgehend auf Beschlüssen aus den 1990er Jahren. Im Rahmen der Bearbeitung des Schwerpunktthemas soll die Beschlusslage hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit auf aktuelle komplexe Gemengelagen geprüft und überarbeitet werden, wobei sich auch neue Sachanträge zur Mitgliederversammlung ergeben können.

Im Mittelpunkt sollen die Fragen stehen:

- Welche Form von Sicherheit brauchen wir aus feministischer und gleichstellungspolitischer Perspektive heute?
- Welche Auswirkungen haben die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen auf Frauen und Gleichstellung im Allgemeinen sowie auf vulnerable und von Mehrfachdiskriminierung betroffene Frauen in all ihrer Vielfalt im Speziellen?
- Wie können Frauen in all ihrer Vielfalt als Akteurinnen gestärkt werden und wie kann gleichzeitig verhindert werden, dass sie zu reinen Adressatinnen im Bereich Sicherheit und Zivilschutz werden?

Dazu soll sich der Fachausschuss mit folgenden Unterthemen befassen und daraus politische Forderungen ableiten:

1. Entwicklung eines aktualisierten Sicherheitsbegriffs unter Einbeziehung des Konzepts einer feministischen Sicherheitspolitik

2. Feministische und gleichstellungspolitische Perspektive auf Militär und Aufrüstung

3. Feministische und gleichstellungspolitische Perspektive auf Zivil- und Katastrophenschutz

4. Entwicklung eines feministischen Friedensbegriffs

[Ä5]

In die Arbeit des Fachausschusses soll auch externe Expertise in verschiedenen Formaten eingebunden werden. Vorstand und Geschäftsstelle werden beauftragt, sukzessive Lobbyaktivitäten zu sicherheitspolitischen Themen auszubauen.

Bearbeitungsweise

☒ Strategie für Lobbyarbeit

☒ Fachausschuss

Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten

keine

Zeitraum

6/2026 – 6/2028

SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Änderungsantrag Ä1

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Loreen Schreck
E-Mail: Loreen.schreck@sjd-die-falken.de
Telefon: +4917660895198

Antragstext

Von Zeile 17 bis 21:

Das (außen)politische Agieren der Bundesregierung, die fortschreitende Militarisierung, das Einstellen ernsthafter diplomatischer Bemühungen und ihr zunehmend nationalistische Kurs, befördern und verursachen eine steigende Bedrohungslage.

Politische Antworten auf die se veränderte Bedrohungslage fokussieren sich bislang auf militärische Sicherheit im traditionellen Sinn und hohe Investitionen in diesen Bereich, ~~die häufig männlich geprägt sind~~. Sie präsentieren althergebrachte Konfliktklärungsmechanismen als alleinige Lösungswege und haben

SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Änderungsantrag Ä2

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Loreen Schreck
E-Mail: Loreen.schreck@sjd-die-falken.de
Telefon: +4917660895198

Antragstext

Von Zeile 20 bis 22:

diesen Bereich, die häufig männlich geprägt sind. Sie präsentieren althergebrachte Konfliktklärungsmechanismen als alleinige Lösungswege und weder haben die Bedürfnisse von Frauen und Kindern in all ihrer Vielfalt ~~sowie Kindern nicht~~ im Blick-
noch ziehen sie ernsthafte deeskalative, diplomatische Wege in betracht.

SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Änderungsantrag Ä3

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Loreen Schreck
E-Mail: Loreen.schreck@protonmail.com
Telefon: +4917660895198

Antragstext

Von Zeile 22 bis 25:

Wenn hohe militärische Ausgaben Einsparungen im sozialen Bereich verursachen, verstärkt das zudem soziale Unsicherheit und Verunsicherung. Praktisch bedeuten diese Einsparungen: Überstunden im Krankenhaus, in der KiTa, in der Schule. Es heißt, die Versorgung der eigenen Familie bei stetig sinkendem Reallohn zu organisieren. Diese Pflicht trifft mehrheitlich Frauen in unserer Gesellschaft.

~~Wenn hohe militärische Ausgaben Einsparungen im sozialen Bereich verursachen, verstärkt das zudem soziale Unsicherheit und Verunsicherung.~~ Zugleich mangelt es der traditionellen Sicherheitspolitik an Gleichstellungsperspektive. Das verengt

SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK

GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Änderungsantrag Ä4

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)

Ansprechpartner*in: Name: Loreen Schreck
E-Mail: Loreen.schreck@protonmail.com
Telefon: +4917660895198

Antragstext

Von Zeile 27 bis 32:

Frauen in all ihrer Vielfalt sind von diesen Entwicklungen massiv betroffen: von ihrem Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, über die Geschlechterverhältnisse im Privaten und in der Arbeitswelt, bis zur Diffamierung durch antifeministische Akteur*innen und der politischen Teilhabe.

Ein Blick auf die Ukraine zeigt, welche geschlechtsspezifischen Auswirkungen ein tatsächlicher Kriegsfall mit sich bringt: Während ukrainische Männer zum Dienst an der Front verpflichtet werden, tragen Frauen einen Großteil der zivilen Versorgung. Sie halten die Arbeitswelt und die Grundversorgung aufrecht, übernehmen Sorgearbeit und kümmern sich um Kinder, ältere Menschen und Verletzte. Zugleich steigen die psychischen Belastungen erheblich. Hinzu kommt eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt. Bereits in Phasen der Militarisierung sind Frauen verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen; im Krieg verschärft sich diese Situation zusätzlich. Zudem bleibt sexualisierte Gewalt weiterhin eine gezielt eingesetzte Kriegswaffe. Die Zahl der gemeldeten Vergewaltigungen in bewaffneten Konflikten ist allein in den vergangenen zwei Jahren um rund 87 Prozent gestiegen.

~~Frauen in all ihrer Vielfalt sind von diesen Entwicklungen massiv betroffen: von ihrem Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsversorgung, über die Geschlechterverhältnisse im Privaten und in der Arbeitswelt, bis zur Diffamierung durch antifeministische Akteur*innen und der politischen Teilhabe.~~ Sowohl im Militär als auch in den Entscheidungsgremien des Zivil- und

Schwerpunktthemenantrag an die Mitgliederversammlung 2026



SPT 2: SICHERHEITSPOLITIK GLEICHSTELLUNGSPOLITISCH VERSTEHEN UND VORANBRINGEN

Änderungsantrag Ä5

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Loreen Schreck
E-Mail: Loreen.schreck@protonmail.com
Telefon: +4917660895198

Antragstext

Nach Zeile 62 einfügen:

[4. Entwicklung eines feministischen Friedensbegriffs](#)

SPT 3: PROSTITUTION UND SEXKAUF: INTERSEKTIONALE UND FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG UNSERER GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHEN POSITIONIERUNG

Antragsteller*in: Feministische Partei DIE FRAUEN (DIE FRAUEN)
Ansprechpartner*in: Name: Simone Kleinert
E-Mail: simone.kleinert@gmx.de
Telefon: 017682614445

Änderungsanträge

keine

Antragstext

Begründung

Der DF hat als größte frauen- und gleichstellungspolitische Interessenvertretung in Deutschland eine besondere Verantwortung in gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen. Die Bewertung von Prostitution und Sexkauf, Gewalt gegen Frauen und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter gehört zu den zentralen Fragen.

Seit Jahren positioniert sich der DF zur Einordnung von Prostitution als „Sexarbeit“ und erkennt dabei das System Prostitution. Gleichzeitig bestehen innerhalb der Mitgliedsverbände, in der Fachöffentlichkeit sowie in der internationalen Frauenbewegung erhebliche Kontroversen über diese Einordnung und über die Frage, ob das bestehende System Prostitution strukturell mit Gleichstellung vereinbar ist.

Die Legalisierung des Sexkaufs in Deutschland hat einen der größten Prostitutionsmärkte Europas hervorgebracht. Zahlreiche Studien und Erfahrungsberichte aus Fachberatungsstellen, Ausstiegshilfen und der Strafverfolgung weisen auf enge Verflechtungen mit Migration, Armut, Menschenhandel und Organisierter Kriminalität hin. Kritikerinnen sehen im legalen Sexkauf eine Hürde für echte Geschlechtergleichstellung, da zu 99,9 % Männer kaufen und überwiegend Frauen – häufig in prekären Lebenslagen – sexuelle Handlungen verkaufen. International wird mit dem sogenannten Nordisches Modell ein alternativer Ansatz verfolgt,

der den Kauf sexueller Handlungen unter Strafe stellt, gleichzeitig aber prostituierte Menschen entkriminalisiert und umfassende Ausstiegs- und Unterstützungsangebote vorsieht. Dieser Ansatz wird unter anderem in Schweden, Norwegen und Frankreich angewandt und versteht sich ausdrücklich als gleichstellungspolitisches Instrument.

Angesichts dieser divergierenden Positionen ist es nicht ausreichend, lediglich punktuelle Nachbesserungen bestehender Sachanträge zu formulieren. Vielmehr bedarf es einer breiten, strukturierten und ergebnisoffenen Debatte innerhalb des DFs zu den Grundfragen feministischer Politik.

Das Thema ist daher als Schwerpunkt zu setzen, um:

- den Verbänden des DF eine vertiefte fachliche und politische Auseinandersetzung innerhalb des DF zu ermöglichen,
- innerverbandliche Kontroversen konstruktiv zu bearbeiten,
- die Auswirkungen unterschiedlicher Regulierungsmodelle evidenzbasiert zu prüfen und
- die gleichstellungspolitischen Konsequenzen des Systems Prostitution grundsätzlich zu reflektieren.

Ziele und Ergebnisse

Der DF öffnet die interne Debatte. Durch seinen gesellschaftspolitischen Auftrag der Gleichstellung ist es dem DF ein Anliegen, hier intersektionale und feministische Antworten zu geben.

Das Schwerpunktthema ist darauf ausgerichtet,

- zu untersuchen, ob die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geeignet sind, den Menschen in der Prostitution Schutz und Selbstbestimmung zu bieten;
- zu untersuchen, ob die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen geeignet sind, Diskriminierung, Sexismus und Klassismus abzubauen;
- ggf. Überarbeitung der Beschlüsse des DF zum Beispiel zu den Themen (Zwangs-)Prostitution, Bestrafung der Freier, Menschenhandel mit konkreten Änderungsvorschlägen und
- (politische) Handlungsempfehlungen zu verfassen.

Ergebnis dieses Schwerpunktprozesses soll eine fundierte, transparente und fachlich breit abgesicherte Positionsbestimmung sein. Der DF steht für die Förderung tatsächlicher Gleichstellung und die konsequente Bekämpfung gleichstellungspolitischer Hindernisse für Frauen. Eine vertiefte und breit angelegte Auseinandersetzung mit Prostitution und Sexkauf ist

notwendig, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Nur durch eine sachliche, differenzierte Debatte kann der Verband zu einer Position gelangen, die sowohl den Schutz und die Rechte betroffener Personen sichert als auch strukturelle Ursachen von Ungleichheit in den Blick nimmt.

Selbst wenn ein interner Prozess zu dem Ergebnis kommen sollte, dass eine einheitliche Positionierung derzeit nicht möglich ist, wäre dies kein Scheitern. Die intensive Debatte zeigt: Die Differenzen sind real – doch zugleich ist ein tragfähiges Fundament entstanden: Respekt, Zuhören und die Bereitschaft, die Argumente der jeweils anderen Seite ernst zu nehmen. Diese erarbeitete Akzeptanz verpflichtet uns.

Gerade weil eine abschließende Einigung nicht garantiert ist, braucht es jetzt den nächsten gemeinsamen Schritt. Nicht das Verharren im Dissens darf das Ergebnis sein, sondern die entschlossene Fortsetzung des Dialogs – strukturiert, vertieft und mit dem klaren Ziel, tragfähige Antworten auf eine der zentralen gleichstellungspolitischen Fragen unserer Zeit zu finden. Die Feministische Partei DIE FRAUEN ruft dazu auf, diesen Prozess zu ermöglichen, Kontroversen konstruktiv auszutragen und die gewachsene Verständigung als Ausgangspunkt für eine kraftvolle, zukunftsweisende Positionierung zu nutzen.

Bearbeitungsweise

☒ Fachausschuss

☒ Publikation

Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten

Verantwortliche für das Schwerpunktthema

Zeitraum

6/2026 – 6/2027

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Antragsteller*in: Frauen Union der CDU Deutschlands (FU)

Ansprechpartner*in: Name: Claudia Hassenbach
E-Mail: claudia.hassenbach@cdu.de
Telefon: 030-22070450

Änderungsanträge

- Ä1: Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (DOSB)
- Ä2: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä3: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä4: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä5: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä6: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä7: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä8: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä9: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
- Ä10: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)

Antragstext

Begründung

~~Deutschland steht angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage vor der Aufgabe, seine Verteidigungsfähigkeit sowie die Resilienz des Zivil- und Katastrophenschutzes nachhaltig zu stärken. In diesem Kontext werden derzeit neue Modelle eines Wehrdienstes sowie perspektivisch auch weitergehende Dienstpflichtmodelle – bis hin zu einem möglichen Gesellschaftsjahr – politisch diskutiert und weiterentwickelt.~~^[Ä3]

Angeichts aktueller sicherheits- und gesellschaftspolitischer Debatten über neue Wehrdienst- und Dienstpflichtmodelle stellen sich grundlegende Fragen nach den Auswirkungen solcher Modelle auf Gleichstellung, individuelle Freiheitsrechte und die Organisation gesellschaftlicher Verantwortung.^[Ä3]

Die aktuellen Vorschläge setzen zunächst auf Freiwilligkeit, sehen jedoch zugleich verpflichtende Elemente wie eine systematische Erfassung und Ansprache junger Menschen vor. Darüber hinaus wird politisch die Möglichkeit einer Bedarfswehrpflicht sowie langfristig eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres in den Blick genommen.

Diese Entwicklungen berühren zentrale Fragen der Gleichstellungspolitik: Wer leistet welchen Dienst für die Gesellschaft? Wie werden Belastungen verteilt? Und welche Auswirkungen haben neue Dienstmodelle auf Lebensplanung, Bildungswege und Erwerbsbiografien junger Menschen?

Dabei ist auch zu untersuchen, inwieweit bestehende Herausforderungen im Sozial-, Gesundheits- und Katastrophenschutzbereich durch den Ausbau öffentlicher Infrastruktur, bessere Arbeitsbedingungen und eine ausreichende Finanzierung staatlicher Aufgaben gelöst werden können, ohne auf verpflichtende Dienste zurückzugreifen.^[Ä4]

Ohne eine gezielte geschlechterpolitische Perspektive besteht die Gefahr, bestehende Ungleichheiten fortzuschreiben – etwa durch die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, geschlechtsspezifische Berufswahlmuster oder unterschiedliche Zugänge zu sicherheitsrelevanten und sozialen Tätigkeitsfeldern. ~~Gleichzeitig bieten neue Dienstmodelle die Chance, tradierte Rollenbilder aufzubrechen und eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern.~~^[Ä5]

Da in der aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Debatte unterschiedliche Bewertungen eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres bestehen, ist eine strukturierte, offene und evidenzbasierte Auseinandersetzung erforderlich.

Das Schwerpunktthema ist daher notwendig, um:

- die gleichstellungspolitischen Auswirkungen neuer Wehrdienst- und Dienstpflichtmodelle systematisch zu analysieren,
- Chancen und Risiken eines möglichen Gesellschaftsjahres differenziert zu bewerten,
- eine fundierte Grundlage für eine zukünftige Positionierung zu schaffen und
- die Perspektiven von Frauen in sicherheits- und gesellschaftspolitischen Fragen stärker sichtbar zu machen.

Ziele und Ergebnisse

Der Deutsche Frauenrat initiiert einen strukturierten Schwerpunktprozess zur intersektionalen und gleichstellungspolitischen Bewertung neuer Wehrdienstmodelle sowie eines möglichen verpflichtenden Gesellschaftsjahres.

Ziel ist es insbesondere:

- zu analysieren, wie aktuelle Modelle eines freiwilligen Wehrdienstes mit verpflichtenden Elementen geschlechtergerecht ausgestaltet werden können,

- zu prüfen, welche Auswirkungen verpflichtende Erfassungs- und Auswahlverfahren auf Frauen und Männer gleichermaßen haben,

- zu untersuchen, welche Auswirkungen eine zunehmende Militarisierung gesellschaftlicher Debatten auf Geschlechterrollen, Gleichstellungspolitik und demokratische Teilhabe hat,

[Ä6]

- zu untersuchen, wie ein möglicher Ersatzdienst im sozialen Bereich, im [Ä1] Bereich des Sports, [Ä1] sowie im Zivil- und Katastrophenschutz gleichwertig ausgestaltet und aufgewertet werden kann,

- zu untersuchen, welche Folgen neue Wehrdienstmodelle oder ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr auf die Sportförderung des Bundes über die Bundeswehr haben, insbesondere mit Blick auf die Förderung weiblicher Athletinnen,

[Ä1]

- zu bewerten, welche Folgen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Bildungs- und Erwerbsbiografien sowie Lebensentscheidungen aller jungen Menschen [Ä7] hat,
- sicherzustellen, dass neue Dienstmodelle keine bestehenden Ungleichheiten verstärken, insbesondere im Hinblick auf Care-Arbeit und soziale Rollenverteilungen,
- sowie zu prüfen, inwieweit freiwillige Formen gesellschaftlichen Engagements gegenüber verpflichtenden Modellen vorzuziehen sind

[Ä8]

- Konzepte zu entwickeln, wie Schutz vor Diskriminierung und sexueller Gewalt und [Ä9] Belästigung in allen Einsatzbereichen gewährleistet werden kann,
- zu prüfen, wie Anerkennungs- und Anreizsysteme (z. B. Qualifikationen, Vergütung, Vorteile für Ausbildung und Studium) geschlechtergerecht gestaltet werden können,

- die Voraussetzungen und Auswirkungen einer möglichen Grundgesetzänderung im Hinblick auf Gleichstellung zu bewerten.

Darüber hinaus sollen konkrete gleichstellungspolitische Handlungsempfehlungen entwickelt werden, die sowohl kurzfristige Maßnahmen im bestehenden freiwilligen Modell als auch langfristige Perspektiven eines möglichen Gesellschaftsjahres berücksichtigen.

Der Prozess soll transparent, evidenzbasiert und unter breiter Beteiligung der Mitgliedsverbände erfolgen.^[Ä10]

Der Prozess soll unterschiedliche feministische, friedenspolitische und zivilgesellschaftliche Perspektiven einbeziehen und ausdrücklich auch Positionen berücksichtigen, die Wehr- und Dienstpflichtmodelle grundsätzlich ablehnen.^[Ä10]

~~Der Prozess soll transparent, evidenzbasiert und unter breiter Beteiligung der Mitgliedsverbände erfolgen.~~^[Ä10] Ziel ist eine tragfähige und differenzierte Positionierung des Deutschen Frauenrats in einer zentralen gesellschaftspolitischen Zukunftsfrage.

Ein solcher Diskurs ist notwendig, um sicherzustellen, dass sicherheits- und gesellschaftspolitische Reformen nicht losgelöst von Gleichstellungspolitik gedacht werden, sondern aktiv zu mehr Gerechtigkeit, Teilhabe und gemeinsamer Verantwortung beitragen.

Bearbeitungsweise

[x] Fachausschuss

[x] Publikation

Zusätzliche Maßnahmen oder Besonderheiten

keine

Zeitraum

6/2026 – 6/2027

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä1

Antragsteller*in: Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (DOSB)

Ansprechpartner*in: Name: Leonie Tabar
E-Mail: tabar@dosb.de

Antragstext

Von Zeile 45 bis 46 einfügen:

- zu untersuchen, wie ein möglicher Ersatzdienst im sozialen Bereich, im Bereich des Sports, sowie im Zivil- und Katastrophenschutz gleichwertig ausgestaltet und aufgewertet

Nach Zeile 47 einfügen:

- zu untersuchen, welche Folgen neue Wehrdienstmodelle oder ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr auf die Sportförderung des Bundes über die Bundeswehr haben, insbesondere mit Blick auf die Förderung weiblicher Athletinnen.

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä2

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Titel

Ändern in:

Wehrdienst-, Dienstpflicht- und Gesellschaftsjahrmodelle aus
gleichstellungs- und gesellschaftspolitischer Perspektive prüfen

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä3

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Von Zeile 2 bis 7:

~~Deutschland steht angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage vor der Aufgabe, seine Verteidigungsfähigkeit sowie die Resilienz des Zivil- und Katastrophenschutzes nachhaltig zu stärken. In diesem Kontext werden derzeit neue Modelle eines Wehrdienstes sowie perspektivisch auch weitergehende Dienstpflichtmodelle – bis hin zu einem möglichen Gesellschaftsjahr – politisch diskutiert und weiterentwickelt.~~

Angeichts aktueller sicherheits- und gesellschaftspolitischer Debatten über neue Wehrdienst- und Dienstpflichtmodelle stellen sich grundlegende Fragen nach den Auswirkungen solcher Modelle auf Gleichstellung, individuelle Freiheitsrechte und die Organisation gesellschaftlicher Verantwortung.

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä4

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Nach Zeile 16 einfügen:

Dabei ist auch zu untersuchen, inwieweit bestehende Herausforderungen im Sozial-, Gesundheits- und Katastrophenschutzbereich durch den Ausbau öffentlicher Infrastruktur, bessere Arbeitsbedingungen und eine ausreichende Finanzierung staatlicher Aufgaben gelöst werden können, ohne auf verpflichtende Dienste zurückzugreifen.

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä5

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Von Zeile 19 bis 22 löschen:

von Sorgearbeit, geschlechtsspezifische Berufswahlmuster oder unterschiedliche Zugänge zu sicherheitsrelevanten und sozialen Tätigkeitsfeldern. ~~Gleichzeitig bieten neue Dienstmodelle die Chance, tradierte Rollenbilder aufzubrechen und eine gerechtere Verteilung gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern.~~

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä6

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Nach Zeile 44 einfügen:

- zu untersuchen, welche Auswirkungen eine zunehmende Militarisierung gesellschaftlicher Debatten auf Geschlechterrollen, Gleichstellungspolitik und demokratische Teilhabe hat,

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHRE UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä7

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Von Zeile 48 bis 49 einfügen:

- zu bewerten, welche Folgen ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Bildungs- und Erwerbsbiografien sowie Lebensentscheidungen aller jungen Menschen hat,

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä8

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Nach Zeile 52 einfügen:

- sowie zu prüfen, inwieweit freiwillige Formen gesellschaftlichen Engagements gegenüber verpflichtenden Modellen vorzuziehen sind

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä9

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:

- Konzepte zu entwickeln, wie Schutz vor Diskriminierung und sexueller Gewalt und Belästigung in allen Einsatzbereichen gewährleistet werden kann,

SPT 4: GESELLSCHAFTSJAHR UND NEUE DIENSTMODELLE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN – SICHERHEIT STÄRKEN, GLEICHSTELLUNG SICHERN

Änderungsantrag Ä10

Antragsteller*in: Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SjD)
Ansprechpartner*in: Name: Pauline Griesenbruch
E-Mail: pauline.griesenbruch@sjd-die-falken.de

Antragstext

Von Zeile 63 bis 66:

Der Prozess soll transparent, evidenzbasiert und unter breiter Beteiligung der Mitgliedsverbände erfolgen.

Der Prozess soll unterschiedliche feministische, friedenspolitische und zivilgesellschaftliche Perspektiven einbeziehen und ausdrücklich auch Positionen berücksichtigen, die Wehr- und Dienstpflichtmodelle grundsätzlich ablehnen.

~~Der Prozess soll transparent, evidenzbasiert und unter breiter Beteiligung der Mitgliedsverbände erfolgen.~~ Ziel ist eine tragfähige und differenzierte Positionierung des Deutschen Frauenrats in einer zentralen